

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4¼ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7¼ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expediteuren incl. Postzuschlag 6 Sgr., in der Expedition, Lindenstrasse Nr. 27, 4½ Sgr. Inzerate die Zeile 2 Sgr.

Eine amtliche Berichtigung.

Wir hatten in Nr. 27 unseres Blattes eine kurze Betrachtung darüber angestellt, wie wohlwollend der Begriff der Opposition gerade dem jetzigen Ministerium in Preussen gegenüber sei, indem dieses schriftliche zu Maßregeln greife, deren Empfehlung es Anfangs als Opposition bezeichnet hatte. Wir waren zu dieser Betrachtung gedrängt worden durch eine Eröffnung, welche uns in amtlichem Auftrage von dem Landrath a. D. v. Schrötter gemacht worden war, und deren Inhalt wir so, wie wir sie aufgefaßt hatten, in wenigen Worten wiedergaben.

Wir erhielten darauf folgendes Schreiben:

In Nr. 27 der „Verfassung“ vom 7. d. M. in dem 3. Alinea des Artikels „Es soll keine Opposition gemacht werden“ befindet sich der Passus:

Ganz einfach, weil man uns auf das allerbestimmteste erklärt hat, daß unsere jetzige Regierung in der Presse keinerlei Opposition dulden werde, daß sie, falls wir diese zweite und zugegangene Warnung nicht beachten werden, von ihrem Rechte zur Unterdrückung unseres Blattes Gebrauch machen werde.

Die Redaktion wird hierdurch zur Erklärung aufgefordert, ob die hier in Bezug genommene Mittheilung identisch mit der Eröffnung sein soll, welche von hier aus am 30. v. M. dem Redakteur, Herrn Dr. Lewin-stein, gemacht worden, oder ob derselbe noch von einer andern Stelle eine solche Bedeutung zugegangen ist.

Berlin, den 8. Juli 1866.

Königliches Polizei-Präsidium.

v. Bernuth.

„an

die Redaktion der Verfassung.

Der Redakteur dieses Blattes antwortete darauf dem Herrn v. Bernuth, Polizei-Präsidenten von Berlin, daß jener angeführte Satz sich allerdings auf jene amtliche Eröffnung des Landrathes a. D. v. Schrötter beziehe, da er den Sinn der Worte, welche derselbe gebraucht hat, nur in dem Maße habe verstehen können, wie er in dem angeführten Satze wiedergegeben sei.

Darauf erhielt der Redakteur dieses Blattes folgendes Schreiben:

Eu. Wohlgeboren werden aufgefodert, die anliegende Berichtigung in eine der beiden nächsten Nummern der Zeitschrift „die Verfassung“ an entsprechender Stelle auf Grund des §. 26 des Preussengesetz vom 12. Mai 1851 aufzunehmen.

Berlin, den 12. Juli 1866.

Königliches Polizei-Präsidium.

v. Bernuth.

An

den Herausgeber der „Verfassung“,
Herrn Dr. Lewin-stein.

Die beiliegende Berichtigung lassen wir nach diesem Artikel folgen, wir glauben aber unseren Lesern gegenüber einige Worte der Rechtfertigung in Beziehung auf den in jener Berichtigung vielleicht enthaltenen Vorwurf gegen uns schulda zu sein.

Es konnte nicht unsere Absicht sein, den Wortlaut einer Unterredung, welche etwa 15 bis 20 Minuten gedauert hatte, in den wenigen Zeilen wiederzugeben, es konnte sich nur darum handeln, das mitzutheilen, was nach unserer Ansicht der Sinn jener Mittheilung war. Haben wir die Ausführungen des Landrathes a. D. v. Schrötter, welche natürlich ebenso wenig in dem aufgenommenen Protokoll wörtlich wiedergegeben sind wie in jenen wenigen Zeilen unseres Blattes, falsch aufgefaßt, so freut uns das natürlich, da ja dadurch unsere und wohl auch vieler anderer Vereinen Bittern nicht zerstreut wird, die Regierung werde von den Rechten, die ihr das Gesetz über die Abhängung des Verlagszustandes giebt, gegen die Presse und die Vereine Gebrauch machen, eine Besorgnis, welche hauptsächlich durch die uns und in ähnlicher Weise auch anderen Zeitungen gemachten Eröffnungen und durch den in ähnlichem Sinne gehaltenen Artikel der Provinzial-Korrespondenz, den wir in Nr. 25 unseres Blattes bsp. oben haben, hervorgerufen worden ist. Die Worte des Protokolls, welche einen Anhaltspunkt für unsere Auffassung der Eröffnungen des Herrn Landrathes a. D. v. Schrötter liefern, sind folgende: „daß eine so schneidende Opposition wie die von der

„Verfassung“ unverändert fundgebene nicht gebildet werden könne, und daß es daher im Interesse des Blattes liege, wenn die Redaktion sich hinfort einer bedeutend größeren Selbstbeschränkung unterwerfe.“ Wir glauben, es handle sich darum, daß die Regierung „feinerlei Opposition“ dulden wolle; aus dem Wortlaut des Protokolls geht hervor, daß eine „so schneidende Opposition“, wie sie unser Blatt macht, nicht gebildet werden kann. Wir gestehen offen, daß wir eine „nicht schneidende Opposition“ für eine jener Entwürfe halten, mit denen der Gothaismus die Welt bedrückt hat. Wer das, was er anstrebt, wirklich und in Wahrheit für wünschenswerth und notwendig hält, und deshalb mit guten, unaufheblichen Gründen gegen alles das kämpft, was der Herstellung des erstrebten Zustandes entgegensteht, der wird eine „schneidende Opposition“ machen, und nur derjenige, welcher Opposition macht, um dem Volke seinen „guten Willen“ zu zeigen, ohne daß es ihm Ernst ist um das, wofür er kämpft, der kann eine Opposition machen, der jede Schneide und Schärfe fehlt, eine Opposition, welche sich in allgemeinen Phrasen, nicht in Vorführung thatsächlicher Verhältnisse bewegt.

Die uns zugesandte Berichtigung lautet:

Berichtigung.

In der Nr. 27 der „Verfassung“ vom 7. d. M. enthält der Artikel „Es soll keine Opposition gemacht werden“ in dem dritten Alinea folgenden Passus:

Ganz einfach, weil man uns auf das allerbestimmteste erklärt hat, daß unsere jetzige Regierung in der Presse keinerlei Opposition dulden werde, daß sie, falls wir diese zweite uns zugegangene Warnung nicht beachten werden, von ihrem Rechte zur Unterdrückung unseres Blattes Gebrauch machen werde.

Es ist hierin der Inhalt der dem Redakteur der „Verfassung“, Dr. Lewinstein, gemachten amtlichen Erklärung thatsächlich unrichtig wiedergegeben, denn nach Ausweis des darüber aufgenommenen und von dem Dr. Lewinstein unterschriebenen Protokolls vom 30. Juni c. ist derselbe nur dahin bedeutet worden:

„daß die Haltung der von ihm redigirten Zeitung keineswegs den Erwartungen entspreche, die von der Staatsregierung den Redaktionen gegenüber ausgesprochen worden, daß eine so schneidende „Opposition, wie die von der „Verfassung“ unverändert fundgebene, nicht gebildet werden könne, und daß es daher im Interesse des Blattes liege, wenn die Redaktion sich hinfort einer bedeutend größeren Selbstbeschränkung unterwerfe.“

Berlin, den 12. Juli 1866.

Königliches Polizei-Präsidium.

v. Bernuth.

Politische Wochenschau.

Preußen. Seit unserem letzten Wochenbericht ist die preussische Armee fortwährend im Vorrücken. Das Hauptquartier wurde schon in der vorigen Woche nach Brunn,

der Hauptstadt Währens verlegt, und nach den neuesten Nachrichten steht das Corps des Prinzen Friedrich Karl in Lundenburg, wenige Meilen von Wien. Der Haupttheil der österreichischen Nordarmee hat sich nach Olmütz zurückgezogen, um sich dort zu sammeln, scheint jedoch von dort, da durch das schnelle Vorgehen der Preußen die Verbindung zwischen Olmütz und Wien abgeschnitten ist, sich über die ungarische Grenze zu ziehen, um so zum Schutze der Hauptstadt mitwirken zu können. Oesterreich macht auch große Anstrengungen, einen möglichst großen Theil der Südarmee nach Wien zu schaffen, und dürfte es daher bei dem Donauübergang wohl noch zu einer sehr bedeutenden Schlacht kommen. Wenn Preußen in derselben Sieger bleibt, so rücken unsere Truppen in Wien ein, und Preußen wird abdann den Oesterreichern in ihrer eigenen Hauptstadt den Frieden diktiren.

Man hatte vor einigen Tagen Verhandlungen über eine dreitägige Waffenruhe angekündigt, welche sich jedoch zerfallen haben, wie man sagt, weil die österreichische Regierung befürchten muß, durch einen solchen Schritt, obgleich derselbe für die österreichische Armee dringend notwendig erscheint, einen Aufstand in Wien herbeizuführen.

In Mitteldeutschland sind die preussischen Truppen gleichfalls entschieden siegreich; nach mehreren kleineren Gefechten hat am 14. d. M. ein großes Gefecht bei Alsfeldsburg stattgefunden, in dem die Reichsarmee vollständig geschlagen wurde. Der Rumpf-Bundestag ist darauf über Hals und Kopf aus Frankfurt abgereist, um in Augsburg seine Thätigkeit (?) fortzusetzen. Am 16. haben die Preußen Frankfurt am Main besetzt, so daß jetzt in ganz Norddeutschland bis zum Main die preussische Fahne weht. Nachdem außer der Reichsarmee auch die Baiern an mehreren Stellen geschlagen sind, dürfte an einen entlichen Widerstand nicht mehr zu denken sein, es handelt sich jetzt nur noch darum, welche Bedingungen Preußen für die künftige Gestaltung Deutschlands stellen wird. Wir glauben nicht, daß man sich nach solchen Erfolgen der preussischen Waffen noch mit dem Reform-Projekt des Grafen Bismarck begnügen wird. Es hat am 16. hier in Berlin auf Einladung des Ministers Grafen Calenberg eine Weipredung desselben mit den Herren K. v. Bennigsen, Riquel, Gumbrecht, Wiedermann und Decker stattgefunden, in welcher verschiedene Pläne zur Neugestaltung Deutschlands zur Sprache gekommen sein sollen. Da die genannten Herren sämmtlich zu den berühmten Vorkämpfern der liberalen Partei gehören, so würde man zu den besten Hoffnungen berechtigt sein, wenn nicht bei uns in Preußen alles beim Alten bliebe. So sind in Berlin in der vorigen Woche fünf Regierungskommissionarien an Stelle von nichtthätigen Stadträthen eingeführt worden.

In Hannover hat vor einigen Tagen eine Versammlung von liberalen Männern aus ganz Norddeutschland stattgefunden, welche sich unbedingt dafür ausgesprochen haben, daß das deutsche Volk jetzt in Dufeln und in Thaten zu Preußen stehen müsse. Ähnliche Kundgebungen haben in Leipzig, in Kassel und in Bremen stattgefunden.

Daß man aber nicht allenthalben so denkt, das zeigt die sogenannte deutsche Volkspartei. Sie rüht sich sehr eifrig, um gegen die preussischen Bestrebungen Protaganda zu machen. Unter Standpunkt in dieser Frage ist bekannt genug; wir sind die Gegner jeder Bergewaltigungspolitik, aber wir können uns die Herstellung einer einheitlichen deutschen Macht nur durch Gruppierung um Preußen denken. Mit jenen Herren, welche die Kraft Deutschlands in der Erhaltung der Kleinstaatcn sehen, werden wir daher niemals übereinstimmen; sie überzeugen zu wollen, scheint uns auch

überflüssig, denn jene Partei besteht eigentlich nur aus Führern, welche verzehlich streben, Anhänger zu gewinnen, die sich von ihnen wollen leiten lassen. Aber wenn jene Herren Widsinn in die Welt schleudern, so muß man doch darauf aufmerksam machen, damit das Volk erkenne, was Heiliges Kinder die sind, welche es „im Namen der Freiheit“ leiten wollen. So behaupten sie jetzt unter anderem, ein Volk, welches in diesem Augenblicke selbst über die Vergangenheit einzelner Freiheitskämpfer die Kräfte und Staatsmänner, wenn sie nur heute zur Bundeskassenehe, Vergessenheit brüht, verdient das höchste Vertrauen. Sehen jene Herren denn nicht ein, daß sie damit auf das bländendste diejenigen verächtlichen, welche jetzt zu Bismarck stehen, trotz seiner Vergangenheit, weil er die deutsche Einheit schaffen will, und daß sie selbst nach diesen Grundbegriffen gewiß nicht seine Gegner sein dürfen.

Die Einberufung des Landtages, welche man bekanntlich sehr schnell erwartete, scheint sich wieder hinauszuziehen, möglich, daß man erst den Einzug in Wien abwarten will, um mit einem vollendeten Resultat vor die Kammer zu treten. Unter den Vorlagen, welche dem Landtage gemacht werden sollen, befindet sich natürlich in erster Linie eine Vorlage über eine Anleihe, außerdem noch wegen des Wahlsiegels zum deutschen Parlament, wegen Erweiterung der preussischen Bank u. s. f.

Wohl mit Rücksicht auf den nicht mehr fernen Zusammentritt des Landtages nimmt die offizielle Zeitung die Bezeichnung der Darlehnskassenfrage wieder auf. Sie steht heute noch auf demselben Standpunkte, den sie im Beginn der Sache eingenommen hatte, nämlich auf dem der absoluten Rechtfertigung dieser Regierungsmassregel. Noch heute behauptet sie, daß es sehr schlimm für den Staat sein würde, wenn die „Wohlthat“ des Artikels 63 der Verfassung, nämlich Bestimmungen mit Gesetzeskraft erlassen zu können, vorbehaltlich der nachherigen Zustimmung des Landtages, nicht auch auf Finanzmassregeln anwendbar sein sollte. Sie muß zwar zugestehen, daß die Verfassung ausdrücklich erklärt, daß alle Geldsachen, Steuern-Anleihen, Garantien u. s. w. nur durch Gesetz geregelt werden können. Sie meint aber, Bestimmungen mit Gesetzeskraft seien ja eben Gesetze. Weßhalb die Verwendung eines Unterschiedes macht zwischen „Gesetz“ und „Verordnungen mit Gesetzeskraft“ und weßhalb sie, nachdem der Unterschied erst festgestellt ist, an einer anderen Stelle sagt, daß Finanzsachen nur durch „Gesetze“ geregelt werden können, darüber schweigt das ministerielle Blatt weidlich. Daß solche Beweisführungen freilich auch für das gläubigste Parteielicht nicht ausreichen, sieht das Blatt wohl selbst ein, und deshalb lüchelt es ferner zu beweisen, daß die Ausgabe von Darlehnskassenheinen gar nicht unter das Kapitel von Steuern, Anleihen, Garantien u. s. w. gehöre. Bei diesem Punkt ist nun der Scharfsinn des Blattes noch glänzender wie bei dem vorigen. „Der Staat borgt ja nicht“, ruft es aus, „er verborgt ja mit den Darlehnskassenheinen, er wird nicht ein Schuldner, sondern er wird ein Gläubiger!“ und das versteht doch seine Bestimmung der Verfassung! Darüber freilich schweigt das Blatt, wo der Staat das Geld hernimmt, das er verborgt. Es schweigt sogar darüber, daß der Staat die neuen Geldheinen, die er schafft, in allen seinen Kassen für voll annehmen will, und daß er damit mindestens die Garantie übernimmt, allen Schäden, der aus einer Kurs- oder Wert-Differenz entstehen könnte, tragen zu wollen, ganz abgesehen davon, daß eine Ausgabe von dlochem Papiergeld durch den Staat nichts Anderes ist, als eine unfreiwillige Anleihe, welche der Staat bei seinen Bürgern macht.

Neue Rechtsgründe bringt, wie man sieht, das ministerielle Blatt für die Ausgabe von Darlehnskassenheinen nicht bei, und wie fürchten, daß es bei der Ausführung der volkswirtschaftlichen Gründe, die es noch bringen will, wo möglich noch schlechter fährt, als bei den Rechtsgründen. Bedeutungslos bei diesen Artikeln ist überhaupt nicht ihr Inhalt, sondern der Wechsel in der Taktik, der dabei zum Vorschein kommt. Der den Wahlen behandelte sie die ganze Sache als etwas sehr Untergeordnetes, als ein momentanes Auslaufmittel in der Parteikasse, bei der es sich gar nicht um Rechtsgründe, sondern lediglich um Zweckmäßigkeitgründe handelte. Es schien, als ob die Verantwortung dafür dem eben abgetretenen Finanzminister überlassen werden sollte und als ob der neue gar keinen Werth auf dies Mittel lege, weil er sich schon sonst zu helfen wisse. Sind diese Artikel des ministeriellen Blattes vielleicht gar ein Zeichen, daß auch der neue Finanzminister auf diesem Wege bleiben will und vielleicht gar eine neue Ausgabe von Darlehnskassenheinen beabsichtigt? Das wäre um so merkwürdiger als Handel und Industrie notorisch nur einen sehr untergeordneten Gebrauch von den Darlehnskassenheinen gemacht haben, so daß der Finanzminister jetzt die Verwendung der Darlehnskasse zu einem geringeren als dem mathematischen Zinssfuß gestattet, wohl nur zu dem Zweck, damit er den Kammeren den Beweis liefern kann, daß eine sehr starke Verwendung der Kassen stattgefunden hat, daß sie also sehr notwendig geworden sind. Nun sind aber bis jetzt noch nicht 4 1/2 Millionen ausgeliehen, eine Summe, mit welcher die Bank und die Seehandlung dem Handelsstande auch wohl hätten unter die Arme greifen können.

Was aber jener Artikel der offiziellen Zeitung in diesem Augenblicke ganz besonders als Versuch, eine verlorene Sache zu fügen, bezeichnet, das ist der Umstand, daß der Oberoffizier, nämlich die Provinzial-Korrespondenz, sie selbst in wenigen Zeilen als Versehen bezeichnet. Es heißt in derselben mit Bezug auf die Vorlagen für die demnächst zusammentretende Kammer: „Bei der Verordnung in Betreff der Darlehnskassen wird die Regierung nicht bloß die Genehmigung des Gesetzes selbst, sondern auch des bei dem Erlaß desselben beobachteten Verfahrens beantragen. Es ist nämlich nicht zweifellos, ob die Verordnung in das Bereich derjenigen Massregeln gehört, welche die Regierung auf Grund der Verfassung mit einseitiger Gesetzeskraft zu erlassen befugt war. Um solchen Zweifeln willen wird die Regierung die ausdrückliche Zustimmung des im Interesse der öffentlichen Wohlthat gebotenen Schrittes erbitten.“

Oesterreich. Die Regierung schafft die Mittel zur Fortführung des Krieges durch die Ausgabe von 200 Millionen Gulden in Banknoten.

Die projektirte Einmischung Frankreichs in die deutschen Angelegenheiten und ihre Folgen.

Der Kaiser von Oesterreich hat gehandelt, wie man es nach den Traditionen der Habsburgischen Politik erwarten mußte. Er hat festgehalten daran, daß es die höchste Aufgabe des Beherrschers von Oesterreich ist, seinen Einfluß in Deutschland zu bewahren, denn er weiß sehr wohl, daß er, wenn es ihm, selbst mit großen Opfern gelingt, sein Haus wiederum zu Kaisern von Deutschland zu machen, er an Macht und Ansehen reichlich gewinnen würde, und daß er alsdann mit deutscher Hilfe alles Verlorene wieder gewinnen könnte. Von diesem Grundgange leitet, hat Franz Joseph vor 7 Jahren die Lombarden in dem Augenblicke abgetreten, als Preußen, sehr gegen sein eigenes Interesse, ihm an der Spitze Deutschlands zu Hilfe eilen wollte,

denn er fürchtete, die Ueberrahme der Führerschaft in einem solchen Kriege könnte Preußen zu steigen, daß es Oesterreich später nicht mehr möglich sein würde, den alten Einfluß wieder zu erlangen.

Eben dasselbe Gefühl, daß der Einfluß in Deutschland vor allem für Oesterreich notwendig sei, hat nun auch den neuesten Schritt des Kaiser Franz Joseph geleitet. Er ist in einen Krieg verwickelt mit Preußen und Italien. Preußen verlangt von Oesterreich nichts Anderes, als daß es sich ganz von Deutschland zurückziehe, daß es dieses der Führung Preußens überlasse; Italien dagegen verlangt von Oesterreich eine blühende Provinz, welche von den österreichischen Kaisern stets für eine der glänzendsten Perlen der öst reichlichen Krone erklärt worden ist. Man sollte nun denken, es werde in dem Falle, daß dem Kaiser Franz Joseph die gleichzeitige Befämpfung beider Feinde unmöglich erscheine, derselbe sich dazu entschließen, mit Preußen, wo es nichts von seinem Gebiete fordere, Frieden zu schließen, um seine ganze Kraft auf den Schutz der von Italien geforderten Provinz zu verwenden.

Aber wer darauf gehofft hat, der hat eben den Grundsat der österreichischen Politik nicht beachtet. Kaiser Franz Joseph hat, trotz der vielen Misserfolge, welche in den letzten Jahren das Resultat dieser Politik gewesen sind, doch ihr getreu gehandelt, er hat im entscheidenden Momente Venetien geopfert, um mit voller Kraft dem Risiken in Deutschland entgegenzutreten zu können.

Wir würden dies nun an und für sich nicht tadeln dürfen, denn schließlich hat der Kaiser Franz Joseph doch ganz allein über das zu bestimmen, was er für sich und seinen Staat für heilsam hält, und wenn ihn Jemand darüber zur Rechenschaft ziehen kann, so ist es nur sein Volk, welches auch seiner Zeit nicht verläumen wird, von dem Kaiser Rechenschaft zu fordern für all das verossene Blut, für all den verlorenen Einfluß. Aber Kaiser Franz Joseph hat nicht das Königreich Venetien an Italien abgetreten, damit die nationalen Forderungen dieses Reiches befriedigt würden, sondern er hat dieses Land an den Kaiser Napoleon abgetreten mit der Bitte, derselbe möchte den Frieden zwischen Oesterreich und seinen Gegnern vermitteln. Damit hat also Kaiser Franz Joseph direkt Frankreich aufgefordert, sich in den deutschen Streit zu mischen, seinen Einfluß geltend zu machen bei der Ordnung der deutschen Angelegenheiten.

Der Plan des Kaisers mag ganz gut gewesen sein. Er hoffte, Italien würde augenblicklich dem Kriege übersehen, wenn Napoleon ihm sein Anrecht auf Venetien übertrage, und Preußen, welches sich alsdann gleichmäßig von der ganzen österreichischen Macht, von den mit Oesterreich verbündeten deutschen Fürsten und von dem Kaiser Napoleon bedroht sehen würde, müßte eilen, unter jeder Bedingung Frieden zu schließen. Alsdann hätte Kaiser Joseph das Ziel seiner Wünsche erreicht, er hätte das alte heilige deutsche Reich wieder erwidert, und den Thron bestiegen unter dem Titel: Kaiser Joseph I., von Napoleons Gnaden Kaiser von Deutschland.

Aber es kam anders. Italien hat tren von seinem Bündnis mit Preußen zurückgehalten und das Oesterreich aus der Hand des Kaisers Napoleon verdrängt. Preußen hat nicht daran gedacht, auf Friedensunterhandlungen ohne eine, alle preussischen Forderungen beherrschende Basis einzugehen. Es hat ganz ungehört die Verfolgung der künftigen österreichischen Armee fortgesetzt und es ist nun vorausichtlich unsere Truppen zu der Zeit, wo dieses Blatt in die Hände unserer Leser ge-

langt, nur noch wenige Stunden vor Wien. Dadurch hat sich auch der Kaiser Napoleon bewegen lassen, seine Friedensvermittlungen nicht in der Weise zu führen, daß er irgendwie dadurch selbst zum Kampfe engagirt werden könnte, und Kaiser Franz Joseph, welcher in Gemeinschaft mit Louis Napoleon den Preußen den Frieden diktiert wollte, muß ihn sich jetzt von Preußen allein diktiert lassen.

Somit wäre denn der Plan Oesterreichs, Frankreich zu einer Einmischung in die deutschen Angelegenheiten Gelegenheit zu geben, bereitet, es wird hoffentlich die Reuegestaltung Deutschlands ohne jede Einmischung des Auslandes vollzogen werden.

Aber wenn wir auch so jetzt jenem Manöver jeuitlicher Politik keine Bedeutung mehr zu schenken brauchen, so dürfen wir doch unser Staunen nicht unterdrücken, daß nach solchem Versuch des Kaisers Franz Joseph es noch einen Mann in Deutschland giebt, der auf den Namen eines Patrioten Anspruch macht und es wagt, die Vertheidigung der Interessen Deutschlands im österreichischen Lager zu suchen. Mögen jene Vertheidiger des österreichischen Absolutismus immerhin die schwarz-roth-goldene Fahne aufspannen, das Lager Deutschlands wird doch stets nur da sein, wo deutscher Sinn ist, und deutscher Sinn wird niemals dahin streben, daß sich ein habgieriger Raubgar zum Schiedsrichter in Deutschland mache.

Wo in diesem Augenblicke Deutschland ist, das sagen deutlich die Worte Kinkel's in der Versammlung der Mitglieder des Nationalvereins zu London. Wir sollen, so sprach er, heute mit ganzer Entschiedenheit hinter Preußen treten. Ich wünsche, ich hätte schon vor drei Wochen bei eurer letzten Versammlung anwesend sein können, um dieses auszuprechen, damit es nicht schiene, als habe der Erfolg mich hinterzogen; meine Freunde wissen, wie ich schon damals gefant war. Ich trete auch nicht zu dem Sieger, weil ich ins Vaterland mich zurückziehe, denn auf dem freien Boden einer Republik werde ich künftig eine Stellung haben so nützlich, so ehrenvoll, meinen Fähigkeiten so zuwachsen, daß Deutschland mir nichts so Wünschenswerthes zu bieten hat. Also nicht daran sage ich, wir müssen hinter Preußen treten. In dem deutschen Kampf sind die Farben umgrünzt; eine Zütlung murret, daß an der ganzen Mittel-Linie Oesterreich die schwarz-roth-goldene Fahne aufgestellt hat. Eine Fahne ist ein kühner Tuch, man kämpft nicht, man stirbt nicht für den Lappen Tuch, man kämpft, man stirbt für das, was die Fahne meint. Ich habe die deutsche Tricolore stets geliebt, die schwarz-weiße Fahne so lang gehabt; heute aber meint schwarz-roth-gold die Reaktion, den alten Bund, die Trennung, und heut ist die preussische Fahne die Fahne des Fortschritts, der Einheit, der mächtigen in sich zusammengeschlossenen Nationalität. . . . Und endlich denke ich, alle Deutsche sollen jetzt im Parlament und außer dem Parlament darauf halten, daß die Einheit vollständig erreicht wird, daß diese zweite Karthagenkrieg sein drittes mehr nötig macht, daß die eroberten Theile einfach annektirt, das Kleinfürstenthum zerstört, Oesterreich in seine nationalen Theile zerlegt werde. Wer in diesem Moment noch von Föderalismus, Völkervereinigung spricht, ist ein Reaktionsär oder ein Phantast. Darum auch ja keinen Waffensstillstand! Mit Oesterreich keine Schwärzung mehr, leit es Frankreich erlaubt hat, zwischen die Parteien zu treten.